

Vogtletter

In dieser Ausgabe:

Themen auf der zweiten Seite sind die **Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung** und die **FDP-Gesundheitspolitik**.

In seinem Kommentar auf Seite 2 beschäftigt sich Rolf Schwanitz mit der **geplanten Schließung des ENKA-Werkes in Elsterberg**.

Auf Seite 3 geht es um das **zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung** und die **aktuellen Änderungen bei der Umweltprämie**.

"**Geld schießt keine Tore?**", wird auf Seite 4 gefragt. Daneben wird auf dieser Seite über eine Veranstaltung zum Thema **Demokratie und Wohlfahrtspflege** berichtet.

Viele Vogtländer waren beim "**Geh Denken**" in **Dresden** dabei, darunter auch Rolf Schwanitz. Mehr dazu ist auf Seite 5 zu finden. An dieser Stelle ist außerdem ein Artikel über den **Schilderstreit in Süßebach**.

Auf der letzten Seite stellt sich der **SPD-Landtagskandidat im Wahlkreis 2 - Vogtland 1, Sandro Röder**, vor. Auch die Termine der nächsten **Bürgersprechstunden** sind wieder auf Seite 6 zu finden. Den **frechen Strolche** ist diesmal allerdings wegen der ENKA-Schließung nicht nach Scherzen zumute.

Ärzteunterschriften in Plauen

Es sollte eine spektakuläre Aktion werden. Der Urologe Hans-Jürgen Schuster, Landtagskandidat der FDP im Wahlkreis Plauen, bat unlängst telefonisch um ein Gespräch beim Bundestagsabgeordneten Rolf Schwanitz. Einen Tag später war in der Zeitung zu lesen, dass es dabei um eine spektakuläre Übergabe von ärztlichen Protestunterschriften gegen den Gesundheitsfonds gehen sollte. Das FDP-Schreib-und-Sendebüro hatte sich um den Eindruck einer Sensation redlich bemüht. Rolf Schwanitz staunte nicht schlecht, als er die Unterschriftenlisten dann selbst in den Händen hielt: Zum einen tauchte das Wort „Gesundheitsfonds“ in den

Unterschriftensammlung gegen die neue Verteilung des Honorars und die Bindung an eine Fallzahl durch die KVS 1/09 in Sachsen

Ich protestiere gegen den RLV - Bescheid 1/09 sowie die Bindung des Honorars an eine Fallzahl.

Ich fordere, das die Verteilung der zusätzlich zur Vergütung bereitgestellten 120 MIO € in Sachsen gerecht und anteilig an alle Kassenärzte und Psychotherapeuten erfolgt.

Es kann nicht sein, dass sich die von der KVS vollmundig versprochene und in der Presse publizierte Honorarerhöhung für viele Praxen als Nullerhöhung oder gar als Verlust darstellt. Fallzahlbindung an Honorar wird von uns abgelehnt, spiegelt es die am Patienten erbrachte Leistung und Qualität nicht wider.

Im Gespräch zwischen Schwanitz und Schuster ging es dann hauptsächlich um die befürchteten Rückgänge bei den Honoraren der sächsischen Ärzte. Schwanitz machte dabei klar, dass für die konkrete Vergütung der Ärzte vor Ort nicht die Politik, sondern die Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen – insbesondere auch die KV Sachsen – zuständig ist. Sollten hierbei Mängel bestehen, so kann das Vorgehen der KV durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales im Wege der Rechtsaufsicht überprüft werden. Schwanitz machte auch darauf aufmerksam, dass in Sachsen im Zweijahresvergleich 2007/2009 bei den Ärztehonoraren mit einem Zuwachs von 19,7 Prozent bzw. 263 Mio. Euro zu rechnen ist. Das ist der zweithöchste Zuwachs (nach Thüringen) von allen KV-Bezirken in Deutschland. Gegenüber dem Jahr 2008 zeichnet sich nach Angaben der KV Sachsen ein Zuwachs von rund 120 Mio. Euro ab. Es ist Aufgabe der KV Sachsen, dafür zu sorgen, dass dieses Geld auch bei den Ärzten ankommt. Deshalb wurden die Unterschriftenlisten auch an die richtige Adresse - die KV Sachsen - weitergeleitet. Vor dem Hintergrund der jüngsten FDP-Forderungen zur Gesundheitspolitik (siehe nächste Seite) nahm Schwanitz den Plauener Arzt aber auch politisch in die Pflicht. "Das FDP-Programm wäre das Ende einer solidarischen Gesundheitsversorgung. Das lehne ich entschieden ab", so Schwanitz.

Forderungen überhaupt nicht auf, und zum anderen waren die Listen richtigerweise nicht an die Politik, sondern an die Kassenärztliche Vereinigung Sachsen adressiert. Der vorgezogene Wahlkampf lässt grüßen!

Im Gespräch zwi-

Gratulation für Werner Dietz

Am 9. Februar 2009 wurde Werner Dietz, dem langjährigen Vorsitzenden der Vereinigung der Opfer des Stalinismus in Sachsen, vom Ministerpräsidenten des Freistaates Sachsen die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Damit wurde der unermüdete Einsatz von Werner Dietz für die Belange der SED-Opfer und seine Verdienste um die Aufarbeitung jüngerer deutscher Geschichte gewürdigt. Im Mai 2006 hatte Rolf Schwanitz beim sächsischen Ministerpräsidenten diese Auszeichnung angeregt. Deshalb ließ er es sich auch nicht nehmen, Werner Dietz persönlich zu gratulieren.



Einsatz für Arbeit



Ein Schwerpunkt des Konjunkturpakets der Bundesregierung sind die Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. So soll Kurzarbeit durch Erleichterung der Voraussetzungen, Vereinfachung der Antragstellung und die hälftige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge für alle Unternehmen und Beschäftigten attraktiver und unbürokratischer gemacht werden. Außerdem sollen Betriebe die Krise nutzen können, um ihre Beschäftigten zu qualifizieren und weiterzubilden. Diese Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung sind den betroffenen Arbeitnehmern und Arbeitgebern noch wenig bekannt. Deshalb organisierte Rolf Schwanitz am 5. Februar kurzfristig eine Informationsveranstaltung in der IHK-Regionalkammer Plauen.

en. Schwanitz sagte dazu: "Das sind außergewöhnliche Zeiten. Deshalb müssen wir schnell und unbürokratisch informieren. Denn wir wollen Qualifizierung statt Arbeitslosigkeit." An der mit 120 Teilnehmern sehr gut besuchten Veranstaltung im großen Saal der IHK nahmen viele Arbeitgeber aus dem Vogtland, aber auch Betriebsräte und Vertreter von Bildungsträgern teil. Nach einer kurzen Einführung von Rolf Schwanitz informierten Dr. Rolf Schmachtenberg (Bundesministerium für Arbeit

und Soziales) sowie Helga Lutz und Thomas Berndt (Agentur für Arbeit) über die geplanten Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung. In der anschließenden Diskussion ging es hauptsächlich um Einzelheiten der Beantragung sowie die Zertifizierung von Qualifizierungsmaßnahmen. Sascha Glöckner, Fachmann für Kurzarbeit in der Regionaldirektion Sachsen der Arbeitsagentur, beantwortete souverän Fragen zu den Anträgen. Michael Barth, Leitender Geschäftsführer der IHK-Regionalkammer Plauen, berichtete Schwanitz nach der Veranstaltung von der positiven Reaktion der Unternehmer.



Ein Blick hinter die Fassade der FDP-Gesundheitspolitik

Die FDP hat unlängst in einem Antrag ihre Ideen zur Gesundheitspolitik öffentlich gemacht. In einer Bundestagsdebatte wurde diese "Gesundheitspartei für Reiche" von allen anderen Fraktionen scharf kritisiert. Den Lesern des Vogtletters sollen die wichtigsten FDP-Ziele nicht vorenthalten werden. Zu ihnen gehören:

- Auflösung der gesetzlichen Krankenkassen/Jeder muss sich privat versichern
- Jeder ist für seine Gesundheit und die Absicherung von Krankheitsfolgen selbst verantwortlich/statt solidarischer Finanzierung werden Beiträge nach Krankheitsrisiko erhoben
- Abschaffung der Umlagefinanzierung/Gesundheitsversicherung wird umgestellt auf Kapitaldeckung
- Nur noch Versicherte zahlen Beiträge/Arbeitgeberbeiträge werden abgeschafft
- Leistungen werden auf das wirklich Notwendige konzentriert/der Rest muss privat finanziert werden
- Das Sachleistungsprinzip wird abgeschafft/ die Kosten für Behandlungen müssen künftig von jedem vorfinanziert werden

So sieht es hinter der Fassade der FDP-Gesundheitspolitik aus. Aber darüber wird im Herbst der Wähler entscheiden.

Kurz kommentiert

Heuschrecken in Elsterberg

Man ahnte nichts Gutes, als im Jahre 2004 der alte Geschäftsführer der ENKA-Elsterberg vorzeitig in den Ruhestand geschickt und ein Jahr später die ganze Unternehmensgruppe von der ICI aus Frankfurt übernommen wurde. Die hatte den Ruf, von anderen abgestoßene Chemieunternehmen aufzukaufen und ausschließlich nach den Interessen ihrer Kapitalbeteiligung zu verfahren. Vielleicht hätte auch der Satz in der damaligen Presseerklärung, man wolle "insbesondere die Wachstumschancen in Asien und anderen internationalen Märkten" nutzen, das Misstrauen noch verstärken müssen. Allerdings waren danach stets beruhigende Einschätzungen zu hören. Man war das produktivste Werk mit der höchsten Qualität und habe den Wettbewerb in der Gruppe nicht zu fürchten. Warum sich diese Botschaft nicht änderte, obwohl andernorts bereits für den Standorthalt gestreikt und Landtag sowie Staatsregierung mobilisiert wurde, bleibt für den Außenstehenden ein Rätsel. Elsterberg ist so in einen strategischen Nachteil gekommen. Nun muss es darum gehen, dass die Heuschrecke aus Frankfurt ihre Entscheidung nicht einfach fällen, den Schlüssel rundrehen und dann verschwinden kann. Die Eigentümer tragen auch eine soziale und regionale Verantwortung in Elsterberg. Dazu gehört als erstes, dass die Zahlen auf den Tisch kommen und von unabhängiger Seite geprüft werden. Denn die falsche und brutale Aussage, man könne sich Elsterberg nicht mehr leisten, zeigt klar, dass die ICI nur eine Sprache versteht und die heißt Geld. Nur wenn der ICI klargemacht werden kann, dass die Schließung des Werkes die teuerste aller Varianten ist, wird jetzt noch Bewegung in die Sache kommen. Darauf müssen sich Betriebsrat und Wirtschaftsministerium in Dresden konzentrieren. Denn eines ist sicher: Es gibt auch andere, seriösere Partner, mit denen das Werk in Elsterberg in die Zukunft gehen kann.

Rolf Schwanitz



Konjunkturpaket verabschiedet

In der vergangenen Woche hat auch der Bundesrat dem zweiten Konjunkturpaket zugestimmt. Ziel ist es, die Binnenkonjunktur zu stützen, aber vor allem unser Land und die Menschen in der Krise strategisch zu stärken. Zusammen mit dem schon beschlossenen Konjunkturpaket werden insgesamt über 80 Milliarden Euro zielgerichtet für die Überwindung der Krise und die umfassende Modernisierung des Landes eingesetzt. Das zweite Konjunkturpaket geht im Wesentlichen auf den von Frank-Walter Steinmeier entwickelten Wachstums- und Stabilitätspakt zurück. Somit trägt der Maßnahmenkatalog eindeutig eine sozialdemokratische Handschrift. Das Paket setzt auf einen Mix an Maßnahmen, die sich gegenseitig ergänzen, verstärken, rasch und



nachhaltig wirken. Kernpunkt des Programms sind Steuer- und Abgabenentlastungen sowie ein Investitionsprogramm. So wird rückwirkend zum 1.1.2009 der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent gesenkt und der Grundfreibetrag auf 7.834 Euro erhöht (8.004 Euro ab 2010). Außerdem sinkt zum 1.7.2009 der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung von 15,5 auf 14,9 Prozent.

Mit dem kommunalen Investitionsprogramm stehen 10 Mrd. Euro Bundesmittel und zusätzlich 3,3 Mrd. Euro Ländermittel für Investitionen im Bildungsbereich und für die Modernisierung der Infrastruktur bereit. Daneben gibt der Bund 2 Mrd. Euro zur beschleunigten Umsetzung dringlicher Verkehrsinvestitionen und weitere 2 Mrd. Euro für sonstige Baumaßnahmen des Bundes.

Kurz gemeldet

Voller Leistungsanspruch für Kinder

Sind die Eltern mit ihren Beiträgen in der gesetzlichen Krankenversicherung mehr als zwei Monate im Rückstand, sollen ihre mitversicherten Kinder trotzdem den vollen Leistungsanspruch behalten. Dies stellte das Bundesgesundheitsministerium klar. Die Einschränkung von Leistungen beschränkt sich allein auf die säumigen Beitragszahler. Der Spitzenverband der Krankenkassen wurde inzwischen informiert, um eine einheitliche Praxis herbeizuführen. Rolf Schwanitz begrüßte die Entscheidung: "Das Bundesgesundheitsministerium hat hier zu Recht Verantwortung wahrgenommen. Es darf nicht sein, dass die Kinder für ihre Eltern bestraft werden. Dies würde meiner Auffassung von Solidarität widersprechen."

Mehr Sicherheit für Medizinprodukte

Das Bundeskabinett hat in der vergangenen Woche den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung medizintechnischer Vorschriften beschlossen. Der Gesetzentwurf dient der Umsetzung europarechtlicher Vorgaben und soll die Patientensicherheit bei der Anwendung von Medizinprodukten weiter optimieren. So werden die bisher unterschiedlichen Voraussetzungen für klinische Prüfungen von Arzneimitteln und Medizinprodukten angeglichen sowie die Zuständigkeiten im Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) zentralisiert. Das BfArM soll künftig auch bei Meinungsverschiedenheiten über die Einstufung und Klassifizierung von Medizinprodukten abschließend entscheiden.

Änderungen bei der Umweltprämie

Nachdem Bundestag und Bundesrat das zweite Konjunkturpaket der Bundesregierung beschlossen haben, stehen jetzt auch die für die Umweltprämie vorgesehenen Finanzmittel von 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung. Somit kann die Richtlinie zur Umweltprämie im Bundesanzeiger veröffentlicht werden und in Kraft treten. Dies wird voraussichtlich am 2. März 2009 der Fall sein. Danach können die

beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) bereits eingegangenen Anträge bearbeitet und beschieden werden. Bei der Richtlinie wurden inzwischen einige Änderungen vorgenommen. Wie von Rolf Schwanitz bereits angekündigt, reicht es so nicht mehr aus, dem BAFA die Kopie der Zulassungspapiere des zu verschrottenen Fahrzeugs einzureichen. Erforderlich ist es nunmehr, das entwertete Original der Zulassungsbescheinigung II (Fahrzeugbrief) vorzulegen. "Damit soll verhindert werden, dass Verwerter illegal den Verwertungs-

nachweis ausstellen und das Fahrzeug dann ins Ausland weiter verkaufen.", begründete Schwanitz die Änderung. Außerdem muss die Erstzulassung des Altfahrzeugs mindestens neun Jahre vor dem Zeitpunkt der Verschrottung erfolgt sein und nicht mehr vor dem Stichtag 14. Januar 2000, wie ursprünglich vorgesehen. Das Neufahrzeug darf darüber hinaus zuvor nicht nur längstens ein Jahr auf einen in Deutschland niedergelassenen Kfz-Händler oder Kfz-Hersteller zugelassen gewesen sein, sondern auch auf Vertriebsorganisationen, Werksangehörige, Autobanken, Vermietungsunternehmen oder Leasinggesellschaften. Aktuelle Informationen zur Umweltprämie gibt es auf der Homepage des BAFA unter www.bafa.de.



Foto: Autohaus Prätor Plauen

Geld schießt keine Tore?



Während der Kapitän der Deutschen Fußballnationalmannschaft wie eine ganze Reihe weiterer prominenter Spieler und Talente aus Ostdeutschland kommen, müssen sich die hiesigen Spitzenklubs in aller Regel mit der dritten und vierten Liga zufrieden geben. Diese Situation geht augenscheinlich einher mit der geringeren Wirtschaftskraft Ostdeutschlands. Hinzu kommt ein oftmals von Randalen und Ausländerfeindlichkeit

bestimmtes Bild vom Fußballlosen, das mögliche Sponsoren von ihrem Engagement abhält. Im Osten wie im Westen schaut das Publikum gebannt in Richtung Hoffenheim, das gerade demonstriert, wie Geld im Verbund mit exzellenter Arbeit durchaus reichlich Tore schießen kann. Dennoch, solche Wunder sind hierzulande eher nicht zu erwarten. Gute Ideen und tragfähige Konzepte müssen vielmehr den Weg wei-

sen. Darüber soll am 10. März 2009 um 18 Uhr im Plauener DORMERO-Hotel diskutiert werden. Mit dabei sind der Vizepräsident des Deutschen Fußballverbandes, Dr. Hans-Georg Moldenhauer, der Präsident des Sächsischen Fußball-

verbandes, Klaus Reichenbach, der Aufsichtsratsvorsitzende des VFC Plauen, Bernd Stubenrauch, der Geschäftsführer der Sternquell-Brauerei, Jörg Sachse, und der SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz. Moderiert wird die von der Friedrich-Ebert-Stiftung organisierte Veranstaltung von dem bekannten vogtländischen Sportjournalisten Gottfried Indlekofer. Interessierte sind herzlich eingeladen.

Demokratie und demokratischer Sozialstaat sind mit Rechtsextremismus unvereinbar

Vor dem GehDenken am 14. Februar 2009 in Dresden veranstaltete die AWO Sachsen eine Diskussion zum Thema "Wohlfahrtspflege für Demokratie, gegen Rechtsextremismus". Hintergrund der Veranstaltung war, dass Rechtsextreme zunehmend auf soziale Themen setzen. Sie geben sich als Kümmerer – bei der Hausaufgabenhilfe, in Feriencamps oder in Jugendclubs und stoßen dabei in die Lücken, die die öffentliche Hand mit ihrem Rückzug aus diesen Bereichen lässt. Bei genauerem Hinsehen wird aber erkennbar, warum dieses soziale Engagement erfolgt: Rechtsextreme möchten rassistischen und fremdenfeindlichen Anschauungen einen gutbürgerlichen Mantel geben, um zu infiltrieren und zu rekrutieren. Die

freie Wohlfahrtspflege, so auch die AWO, sieht sich zunehmenden Unterwanderungsversuchen ausgesetzt. Rolf Schwanitz, vogtländischer SPD-Bundestagsabgeordneter, sprach zu dem Thema "Das Demokratische und das Soziale - Politische und gesellschaftliche Aufgaben für eine Zurückdrängung des Rechtsextremismus". Er führte aus, dass die anlassbezogene Auseinandersetzung gegen den Rechtsextremismus notwendig ist. Jedoch müssen neue Handlungsfelder zur Stärkung der Bürgergemeinschaft

für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus erschlossen werden. "Demokratie und demokratischer Sozialstaat sind mit Rechtsextremismus unvereinbar und werden von ihm bekämpft. Daher ist es politische und gesellschaftliche Aufgaben den Rechtsextremismus zurückzudrängen.", so Rolf Schwanitz.



Vor 20 Jahren

2.3.1989: Im Bezirk Leipzig beschließt das MfS, allen oppositionell engagierten Ausreisewilligen die Ausreise zu genehmigen

7.3.1989: Bei einem Fluchtversuch mit einem selbstgebauten Ballon in Berlin stirbt Winfried Freudenberg

9.3.1989: Die polnische Opposition einigt sich mit der Regierung auf eine radikale Wahlrechts- und Parlamentsreform

11.3.1989: DDR-weiter Aufruf der "Initiative Frieden und Menschenrechte"

13.3.1989: Demonstration von mehreren hundert Ausreisewilligen in Leipzig

15.3.1989: In Ungarn beteiligen sich über 100.000 Menschen an Kundgebungen zum erstmals seit 40 Jahren offiziell begangenen Nationalfeiertag

18.3.1989: Der abgelöste Moskauer Parteichef Boris Jelzin kündigt auf einer Kundgebung in Moskau vor 10.000 Menschen die Fortsetzung seines Kampfes für Reformen an

19.3.1989: DDR-weiter Aktionstag der Opposition für in der CSSR inhaftierte Mitglieder der Charta-77

25.3.1989: Schweigemarsch in Riga für die Opfer des Stalinismus mit 300.000 Teilnehmern

26.3.1989: Erstmals kann bei den Wahlen zum ersten sowjetischen Volksdeputiertenkongress zwischen mehreren Kandidaten entschieden werden

29.3.1989: Der Arbeitskreis Solidarische Kirche in Thüringen kündigt einen Wahlboykott an

Schwanitz beim GehDenken in Dresden

Am 14. Februar 2009 gingen in Dresden mehr als 12.000 Menschen auf die Straße, um deutlich zu machen, dass Rechtsextreme in Sachsen nichts zu suchen haben. Mit dabei war auch der vogtländische Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz. "Gegen Rechtsextremismus müssen alle Demokraten Gesicht zeigen", so Schwanitz. In über 80 Bussen war Unterstützung nach Dresden gereist. Auch Rolf Schwanitz organisierte einen Bus, so dass 45 Vogtländer, Mittelsachsen und Franken nach Dresden führen. Mit dabei waren der SPD-Fraktionsvorsitzende im vogtländischen Kreistag Lutz Kätzel und der Plauener Stadt- und Kreisrat Dr. Hartmut Seidel. Hintergrund des GehDenkens: Rechtsextremisten aus ganz Europa marschieren jährlich anlässlich der Bom-

bardierung Dresdens im Februar 1945 durch die Stadt. In den vergangenen Jahren hat sich der Aufmarsch zum größten, regelmäßig stattfindenden Nazitreffen in Europa entwickelt. Mit diesem Aufmarsch versuchen die Rechtsextremen die Erinnerung an die Opfer der Bombardierungen für ihre Zwecke zu missbrauchen. Hinzu kam, dass die NPD den Aufmarsch als Auftakt für das Superwahljahr 2009 zu nutzen versuchte. Zirka 6700 Rechtsextreme kamen. Die sächsische Landeshauptstadt darf jedoch nicht Aufmarschort



der Rechtsextremen sein. Deshalb organisierte ein breites Bündnis aus Vereinen, Initiativen, Kirchen und Parteien unter dem Motto "GEH DENKEN" Demonstrationen gegen den braunen Spuk. Leider nahmen an dem GehDenken weder die CDU noch die FDP teil. Vielmehr versuchte der Dresdner CDU-Chef Rohwer die Teilnehmer am GehDenken in die linksextreme Ecke zu stellen.

Kurz gemeldet

Mehr Leistungsbezieher = mehr Widersprüche

Die Bundesagentur für Arbeit hat klargestellt, dass die gestiegene Zahl an Leistungsbeziehern der Hauptgrund für den Anstieg der Widersprüche gegen Entscheidungen bei der Grundversicherung für Arbeitsuchende ist. So gab es im Jahr 2004 bei etwa 2,3 Millionen Arbeitslosenhilfeempfängern rund 211.000 Widersprüche. 2008 gab es bei etwa 6,9 Millionen Alg II-Empfängern rund 789.000 Widersprüche. Rechnerisch kam bei der Arbeitslosenhilfe somit auf elf Leistungsbezieher ein Widerspruch, im Bereich des ALG II liegt das Verhältnis bei etwa neun zu eins. Dabei wurde die frühere Arbeitslosenhilfe in der Regel für ein Jahr bewilligt, das Alg II hingegen für sechs Monate. Allein deshalb ist die Zahl der Bescheide jetzt doppelt so hoch.

Änderung des Arzneimittelgesetzes

In der vergangenen Woche hat das Bundeskabinett den Gesetzentwurf zur Änderung des Arzneimittelgesetzes beschlossen. Damit soll das Arzneimittelgesetz an europäische Verordnungen angepasst werden. Zugleich sollen aber auch Erfahrungen aus der Gesetzesanwendung berücksichtigt werden. So ist zur weiteren Verbesserung der Arzneimittel- und Patientensicherheit vorgesehen, das Verbot von Arzneimittelfälschungen auch auf Wirkstoffe auszuweiten. Auch vom Arzt selbst für seine Patienten hergestellte Arzneimittel sollen unter das Arzneimittelgesetz fallen. Mit dem Anwendungsverbot bedenklicher Arzneimittel wird außerdem eine Strafbarkeitslücke geschlossen.

Schilderstreit in Süßebach



§ 3 Absatz 1 StVO ein Fahrzeugführer seine Geschwindigkeit den Verhältnissen anzupassen hat und nur so schnell fahren darf, dass er sein

Auf große Empörung trifft derzeit die Entscheidung der Landesdirektion Chemnitz, in der Gemeinde Eichigt Ortseingangsschilder zu versetzen und Geschwindigkeitsbegrenzungen aufzuheben. Die Landesdirektion setzt laut ihrer Anordnung jetzt darauf, dass die Autofahrer die zulässigen Höchstgeschwindigkeiten nicht ausschöpfen, da - wie es im amtlichen Bescheid heißt - nach

Fahrzeug ständig beherrscht. Vor dem Hintergrund der starken Verkehrszunahme auf der Staatsstraße 308 haben die Einwohner aus Ebmath, Eichigt und Süßebach natürlich keinerlei Verständnis für diese lebensfremde Anordnung der Regierungsdirektion und protestierten dagegen. Auch der vom Eichigter Bürgermeister Christoph Stölzel alarmierte SPD-Bundestagsabgeordnete Rolf Schwanitz

versteht die Entscheidung aus Chemnitz nicht und forderte den Präsidenten der Landesdirektion, Karl Noltze (CDU), auf, die Anordnung erneut zu prüfen und aufzuheben. Schwanitz äußerte gegenüber Noltze sein Unverständnis darüber, dass ein Hilfesuchen der Gemeinde Eichigt in einer schwierigen Situation nach der Grenzöffnung durch die Entscheidung der Landesdirektion auf die Hilfesuchenden selbst zurückschlägt und die Belastungen nicht mildert, sondern zusätzlich verstärkt. Nach seiner Ansicht hilft die Neuregelung niemandem und schafft stattdessen neue Verkehrssicherheitsprobleme. Schwanitz schrieb: "Eine bürgerfreundliche Verwaltungspraxis sieht anders aus." Eine Antwort der Landesdirektion steht noch aus.

Rolf Schwanitz MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030-22777937
Fax: 030-22776937
rolf.schwanitz@bundestag.de

Freiheitsstr. 13
08523 Plauen
Tel: 03741-134118
Fax: 03741-708483
rolf.schwanitz@wk.bundestag.de

**Sie finden mich auch
im Internet:**

www.rolf-schwanitz.de

Aus dem Terminkalender von Rolf Schwanitz:

- 3.3.2009, 10 Uhr, Arbeitsgruppe Gesundheit
- 3.3.2009, 15 Uhr, SPD-Bundestagsfraktion
- 3.3.2009, 18 Uhr, Veranstaltung zur Föderalismusreform II
- 4.3.2009, 10 Uhr, Ausschuss für Gesundheit
- 4.3.2009, 12 Uhr, Anhörung Patientenverfügung
- 4.3.2009, 15 Uhr, Diskussion mit Besuchergruppe aus dem Vogtland
- 7.3.2009, 10 Uhr, Wahlkonferenz der SPD-Sachsen
- 10.3.2009, 18 Uhr, Veranstaltung der FES zum Fußball im Osten in Plauen

Die nächsten Bürger-sprechstunden:

Klingenthal, Donnerstag, den 12.3.2009, 14 bis 15 Uhr, Bürgerbüro Enrico Bräunig MdL, Freiheitsstraße 13

Auerbach, Donnerstag, 12.3.2009, 16 bis 17 Uhr, SPD-Büro, Breitscheidstraße 14

Sandro Röder: Schnelles Internet - auch im ländlichen Raum

Sandro Röder, SPD-Kandidat im Wahlkreis 2 - Vogtland 1 stellt sich vor:

Geboren wurde ich am 6. März 1976 in Oelsnitz, dem Geburtsort meines Vaters. Aufgewachsen bin ich im mütterlichen Familienstammsitz, im beschaulichen Adorfer Ortsteil Jugelsburg. Schon seit mehr als sechs Generationen lebt meine Familie an diesem Ort.

Ich besuchte die Juri-Gagarin-Oberschule in Adorf und das Julius-Mosen-Gymnasium in Oelsnitz. Meinen Wehrdienst absolvierte ich in der Gebirgsjägerskaserne in Schneeberg.

In Plauen ging ich als Bürokaufmann in einem Bauelementebetrieb in die Lehre. In Zwickau studierte ich erfolgreich an der dortigen Westsächsischen Hochschule den Studiengang Management für Unternehmen mit öffentlichen Aufgaben. Hier kam ich als gewählter Sprecher der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften sowie als Finanzverantwortlicher des Studentenrats und Studentischer Vertreter im Senat der Hochschule erstmals in Kontakt mit parlamentarischen Diskussionen und Auseinandersetzungen. Dabei konnte ich Erfahrungen im Umgang mit politischen The-



Freche Strolche



Der Beitrag von Maxe und Moritz entfällt. Wie uns Maxe mitgeteilt hat, ist beiden wegen der ENKA diesmal nicht nach Scherzen zumute.

(Die Redaktion)

men sammeln. Bei einer großen regionalen Sparkasse arbeitete ich zuletzt als Kundenberater. Meine vorrangigen Ziele sind insbesondere der flächenmäßige Ausbau des schnellen Internets vor allem im ländlichen Raum. In meinem Wahlkreis ist dies ein Standortnachteil für die einheimischen Unternehmen, den ich beheben möchte. Ich werde für die Region Vogtland intensiv werben, um sowohl mehr attraktive Arbeitsplätze im Vogtland durch Gewerbeansiedlung zu schaffen, als auch Touristen in eine an Kultur und intakter Natur reiche Region zu locken. Auch stehe ich, schon von meinem beruflichen Hintergrund ausgehend, für solide Finanzen, die für eine kontinuierliche Wirtschaftspolitik die Voraussetzung sind. Daneben ist es wichtig, jungen Menschen eine Perspektive für ihre Zukunft, vor allem in Ostdeutschland durch attraktive Angebote in den Bereichen Schul- und Berufsausbildung, Infrastruktur, Arbeit, aber auch Freizeit zu geben, so dass sie im Land bleiben. Weiterhin muss die ärztliche Versorgung auch in Zukunft für die Bürger flächendeckend gewährleistet sein. Ärztehäuser und das AGNES-Projekt sind erste Ansätze, um dieses Ziel zu erreichen.